

Die Europäische Union – Eindrücke und Beobachtungen aus Brüssel

von Werner Glowka



Im Oktober 2019 hatte ich Gelegenheit, zwei Wochen in Brüssel zu verbringen, verschiedene EU-Institutionen und Veranstaltungen zu besuchen und mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen, die zum Teil schon seit vielen Jahren in der europäischen Hauptstadt arbeiten. Meine Eindrücke und Folgerungen von diesem Blick hinter die Brüsseler Europa-Kulissen habe ich nachfolgend zusammengefasst:

Es gibt nicht die EU, sondern viele EUs / Auf das Kleingedruckte kommt es an!

Von außen sieht alles gleich aus, wenn von der EU die Rede ist: Überall die 12 Sterne auf blauem Grund. Intern gibt es ein ständiges Ringen um Politikinhalt und um Macht zwischen den europäischen Akteuren:

- der Europäischen Kommission (KOM),
- dem Europäischen Parlament (EP),
- dem Rat der EU (Rat, bestehend aus den Fachministern der Mitgliedsstaaten) und dem Europäischen Rat (Staats- und Regierungschefs).

Und da gibt es noch den „Katzentisch“ des Ausschusses der Regionen, der aus sächsischer Sicht zwar groß erscheint (Sachsen entsendet dorthin einen Vertreter), der aber wenig zu sagen und nichts zu entscheiden hat.

Um europäische Aktivitäten zu verstehen und richtig einschätzen zu können, muss man deshalb genau hinschauen, von welcher Institution in welchem Kontext welche Aussage kommt.

Bei den meisten wichtigen Entscheidungen, insbesondere bei der Gesetzgebung, müssen sich die Beteiligten Kommission, Parlament und Rat einigen. Es gilt, innerhalb und zwischen den Akteuren Kompromisse zu finden, die für ganz Europa gelten und die von allen mitgetragen werden. Das bindet Kraft und Zeit, ist aber zugleich das Erfolgsrezept der Europäischen Union für Interessenausgleich und 70 Jahre Friedenssicherung.

Der Normalbürger kann diese komplizierten internen Prozesse nicht verstehen. Da helfen auch noch so viele Maßnahmen zur politischen Bildung nicht weiter. Man muss Europa deshalb anders vermitteln.

Unberechtigte negative Narrative führen zu einem gefährlichen Zerrbild über die EU

Fast jeder Rechtsakt der Europäischen Union wird mit der Stimme Deutschlands verabschiedet, auch die Datenschutzgrundverordnung oder die Urheberrechts-Richtlinie. Die Kritik an solchen Entscheidungen ausschließlich bei der EU abzuladen (auch „EU-Bashing“ genannt) ist unredlich, wenn die deutsche Bundesregierung zuvor zugestimmt hat. Kritik an EU-Entscheidungen muss in der Regel zumindest auch an die eigene Regierung gehen.

Fordern wir bei kritisch diskutierten EU-Entscheidungen zuerst von der Bundesregierung eine Begründung für ihr Verhalten ein. Die Bundesregierung muss für ihre Entscheidungen öffentlich politisch verantwortlich erscheinen!

Deutschland ist nur in absoluten Zahlen der größte Nettozahler der EU, aber in Deutschland leben auch mit Abstand viel mehr Menschen als in den anderen EU-Staaten. Bei den Pro-Kopf-Zahlungen an die EU zahlen Schweden, Dänemark und Luxemburg mehr als Deutschland. Deutschland kommt erst an vierter Stelle.

Der EU-Haushalt beträgt gut ein Prozent des Bruttonationaleinkommens. Rund 49 % des Bruttonationaleinkommens fließen dagegen als Steuern und Abgaben in nationale Haushalte. Der gesamte 7-jährige EU-Haushalt für ganz Europa ist damit kleiner als drei Bundeshaushalte.

Deutschland profitiert als exportstarkes Land viel stärker vom EU-Binnenmarkt und der Währungsunion als die meisten anderen Mitgliedsstaaten. Was exportiert Griechenland denn schon?

Vermeiden wir also einseitiges „EU-Bashing“. Achten wir darauf, bei der Diskussion über Vorschläge oder Entscheidungen neben Risiken, Kosten und Nachteilen auch über Chancen und Vorteile zu sprechen.

Die EU ist ein dynamischer Prozess mit offenem Endziel

Seit Beginn der Europäischen Union gibt es ein Ringen der EU-Institutionen um Macht und Einfluss, sowohl untereinander als auch zwischen EU und den Mitgliedsstaaten. Das ist nichts ungewöhnliches, sondern vielmehr Kern jedes politischen Prozesses. Da das endgültige Ziel der Europäischen Union (Wie soll Europa im Endergebnis politisch gestaltet sein?) weiter offen ist, erfolgen institutionelle Änderungen nur sehr langsam.

Die EU ist zur Umsetzung ihrer Beschlüsse auf die Mitgliedsstaaten angewiesen. Stellen diese sich quer (z.B. bei der Entscheidung zur Quotenregelung zur Aufnahme von Migranten), dann kann die EU – im Gegensatz zu einem Staat - keinen unmittelbaren Zwang ausüben oder gar selbst handeln. Es bleibt somit kein anderer Weg, als im beharrlichen Dialog mit den Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung europäischer Regeln zu drängen bzw. diese so zu gestalten, dass sie von allen mitgetragen werden.

Die eigentliche Macht der EU-Institutionen bei politischen Fragen liegt nach wie vor beim Rat, also bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedstaaten entscheiden als Herren der Verträge über Grundsätzliches wie den Brexit, die Aufnahme neuer Mitglieder oder den mehrjährigen (7-jährigen) Finanzrahmen. Wenn der Rat nicht will, ist das Europaparlament trotz Mitentscheidungsrecht machtlos.

Die Kommission als Exekutive der EU ist mächtig im Rahmen der ihr vom Rat und Parlament gesetzten rechtlichen und finanziellen Grenzen (z.B. durch Verordnungen). Die Macht der Kommission stützt sich insbesondere auf die Haushaltsmittel z.B. auf die Strukturfonds und auf einen Verwaltungsapparat (Generaldirektionen). Die EU-Kommission ist deshalb oft im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung.

Das Austarieren von Machtstrukturen in den EU-Verträgen ist höchste Staatskunst, da mit Souveränitätsfragen Kernelemente der Mitgliedsstaaten berührt werden. Nur ein von allen mitgetragenes Regelwerk und von allen wenigstens akzeptierte Entscheidungen sichern die Existenz der Europäischen Union.

Doch eine andere realistische Alternative zur Sicherung von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa ist nicht ersichtlich.

In Brüssel werden strategische globale Fragen gestellt und analysiert, oft fehlt noch eine europäische Antwort



Sind künftig die USA und China die einzigen (wirtschaftlichen) Weltmächte des 21. Jahrhunderts oder will Europa als größter Binnenmarkt und Wertegemeinschaft mitreden? China will bis 2049 stärkste Macht werden und richtet seine Politik strategisch darauf aus (neue Seidenstraße, Investitionen in Südosteuropa, in Asien und Afrika, bei wachsender politischer Unterdrückung).

Wer sichert Handelswege und die Rohstoffversorgung unseres Kontinents, wenn sich die USA zurückziehen bzw. vorrangig eigene Interessen verfolgen und Europa derzeit nicht kampffähig ist?

Gibt es eine EU-Perspektive für den West-Balkan oder überlässt die EU diesen von EU-Mitgliedern umringten Raum dem Einfluss Russlands und/oder Chinas und/oder der Türkei? Trotz positivem Votum der Kommission hat der Europäische Rat im Oktober 2019 die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien und Albanien abgelehnt, weil Frankreich sein Veto eingelegt hatte. Es fehlte die notwendige Einstimmigkeit.

Inwieweit liegt nach dem Rückzug der USA ein wachsender Einfluss Russlands und der Türkei im Nahen Osten im Europäischen Interesse? Kann oder darf Europa da wirklich nur zuschauen?

Wie geht Europa mit der Bevölkerungsexplosion in Afrika um? Wie müssen afrikanische Staaten unterstützt werden, wenn Konflikte über Ressourcen begrenzt oder die Migration nach Europa eingedämmt werden soll?

Europäische Antworten auf diese geostrategischen Fragen erfordern einen festen Willen (z.B. Einstimmigkeit im Rat) und viel Geld. Beides ist derzeit noch nicht erkennbar. Vermutlich braucht es erst einen großen Schock bis allen Mitgliedsstaaten diese Handlungsnotwendigkeiten klar werden. Krisen werden in Brüssel auch immer als Chance zur Vertiefung der europäischen Integration angesehen. Der Einmarsch der Türkei in Nordsyrien hat ja eine Diskussion in Gang gebracht, wie die Reaktionen auf die Vorschläge von AKK zeigen.

Doch anstatt um gemeinsame Antworten auf diese Herausforderungen zu ringen, dreht sich in vielen Mitgliedsstaaten - auch in Deutschland - die öffentliche Debatte vor allem darum, möglichst wenig in die EU-Kasse einzuzahlen und viel herauszubekommen. Da muss es auch in Sachsen zu einer Akzentverschiebung kommen. Bei der rauher werdenden Weltlage ist eine gesamteuropäische Prioritätenverschiebung wohl nur eine Frage der Zeit. Auf diese Akzentverschiebung hin zu globalen Themen muss man die Bevölkerung in den Mitgliedsstaaten vorbereiten.

Diskutieren wir doch verstärkt die genannten strategische Themen in der Öffentlichkeit. Bei diesen Themen wird vielen Bürgern klar, dass wirksame Antworten nur auf europäischer Ebene möglich sind. Europa ist mehr als nur Fördertöpfe.

Die EU lebt vom Kompromiss und vom politischen Ausgleich



Europäische Grundsatzentscheidungen müssen vielfältigste Interessen berücksichtigen und sind deshalb faktisch nur im „Paket“ machbar, in dem sich alle wiederfinden können. Unterschiedlichste nationale Interessen und Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten bzw. deren Regierungen sowie die politische Orientierung der europäischen Parteienfamilien im

Europäisches Parlament müssen mit dem Europäischen Politikansatz der Kommission und des Parlaments harmonisiert werden. Die Mehrheitsfindung ist von Fall zu Fall unterschiedlich.

Die EU lebt deshalb von frühzeitigem Informationsaustausch, von kontinuierlichem Vertrauen und von gegenseitiger Rücksichtnahme. Alleingänge Deutschlands wie der Atomausstieg und der Grenzöffnung haben das Vertrauen in Deutschland bei den EU-Partnern erheblich erschüttert und gefährden die Vertrauensgrundlage.

Der frühere deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger warnt in diesen Tagen: „Ribbentrop ist Gegenwart.“ Oettinger meint damit die Furcht der Osteuropäer vor deutsch-russischen Verständigungen im Energiesektor über deren Köpfe hinweg. Er fordert deshalb keine deutsch-russischen Energie-Deals zu machen, sondern europäisch-russische Verträge!

Wehmut in deutscher Gemeinde wegen Oettinger-Abschied

Der bisherige deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger hat sich in Brüssel hohes Ansehen erworben über Länder- und Parteigrenzen hinweg. Er hat die strategischen Themen Energie, Digitales, Haushalt vorangebracht:

- Die Energieunion wurde etabliert durch europäische Netze und durch die Diversifizierung der Lieferanten.
- Digitales: Datenschutzgrundverordnung wird von außereuropäischen Ländern wie Kanada als Vorbild angesehen. Daten sind die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Oettinger mahnt lediglich eine Überprüfung an und empfiehlt ergänzende nationale Ergänzungen zurückzunehmen.
- EU-Urheberrechtsnovelle: Der Schutz des geistigen Eigentums sei in den USA so nicht mehr möglich wie er in Europa vorgeschrieben ist. Deutschland muss die EU-Regelung schnell in nationales Recht übertragen.
- Haushalt: Oettingers Faustregel lautet: 50% des Ausgabenzuwachses sollen durch Einsparungen, 50 % durch erhöhte Beiträge finanziert werden. Neue Aufgaben wie Grenzsicherung, Afrikapolitik etc. sind wichtig. Dafür muss die Finanzierung gesichert werden. Auch Deutschland muss mehr zahlen, sonst ziehen andere Mitgliedsstaaten auch nicht mit.

Oettinger hatte sowohl in Brüssel erheblichen Einfluss und war zugleich unermüdlich in den Regionen Europas unterwegs, insbesondere in den deutschen Ländern und Kommunen, auch in Sachsen.

Perspektivwechsel zeigt andere Wege auf

Sachsen ist von Dresden aus gesehen das „Zentrum der Welt“, von Brüssel aus aber nur eine von über 200 Regionen Europas. Was bei uns als ein Problem erscheint, ist für andere weit weniger relevant oder einfach ok. Andere Länder und Regionen lösen die gleichen Fragen anders, manche besser, manche schlechter. Brüssel bietet die Chance zum Austausch auf engem Raum, der befruchtet und neue Ideen aufzeigt. Viele Kontakte sind durch aktives Networking möglich. Das ist eine der Hauptaufgaben der Vertretungen der

deutschen Länder und deren Parlamente, der Wirtschafts-, Kommunal- und Verbändevertreter.

Der Freistaat ist mit dem Sachsen Verbindungsbüro sowie den Europabüros des Sächsischen Landtags und der sächsischen Kommunen in Brüssel präsent. Der jährliche erzgebirgische Weihnachtsmarkt hat einen hervorragenden Ruf. Auch dieses Jahr gab es wieder einen Besucherrekord.

Schulen könnten durch die stärkere Nutzung von EU-Programmen etwa von Erasmus Plus für Schulpartnerschaften, Lehrerfortbildung oder E-Twinning Projekte mehr jungen Menschen einen Perspektivwechsel ermöglichen. Das stärkt nicht nur die Persönlichkeit, sondern ist zugleich ein Beitrag zur politischen Bildung.

Europa-Infos und Themen sollten in Sachsen stärker beachtet werden

Das Sachsen Verbindungsbüro berichtet regelmäßig über Neuigkeiten aus Brüssel, die auch für Sachsen von Interesse sind. Jedermann kann diesen einen Newsletter abonnieren.

<https://www.bxl.sachsen.de/newsletter-woche-in-bruessel-3968.html>.

Landespolitische Debatten und Themensetzungen sollten die europäische Perspektive stärker miteinbeziehen. So verweisen etwa die europäischen Empfehlungen für Deutschland von 2019 für den künftigen Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) auf ein Defizit bei Digitalisierung an Schulen.

Europa ist unübersichtlich und mischt überall mit – eine echte Schwerpunktsetzung fehlt noch

Von den fünf Szenarien zur Zukunft der EU, die die Kommission 2017 in einem Weißbuch skizziert hat, wird von den europäischen Institutionen faktisch nur das Szenario „Ausweitung der Zuständigkeiten“ weiterverfolgt. So wurde im Oktober 2019 bei der Woche der Regionen den Teilnehmern suggeriert, dass sich die EU künftig noch viel stärker auf Politikfeldern tummelt, für die sie eigentlich nicht bzw. nur unterstützend zuständig ist z.B. Sozialstandards, Bildung und Kultur.

Die Crux liegt darin:

In Politikbereichen, in denen die EU aus geostrategischer Sicht handeln müsste, agiert sie zu schwerfällig oder blockiert sich selbst (z.B. durch das Einstimmigkeitserfordernis im Rat bei der Außen- und Sicherheitspolitik).

In Politikbereichen, in denen die EU formell nicht zuständig ist, nutzt sie, unterstützt von lautstarken politischen (eher links und grün orientierten) Kräften im Europäischen Parlament, ihre weichen Kompetenzen und ihre Geldmittel aus, um EU-Aktivitäten auszuweiten.

Eine ordnende Hand, die hier für Ausgleich sorgt, ist zumindest für mich noch nicht erkennbar.

So drängt sich nicht nur bei ordnungspolitisch denkenden Menschen der Eindruck einer gegenwärtigen Schiefelage auf, zumindest bei den öffentlich wahrnehmbaren EU-Prioritäten.

Ein problematischer Eindruck, der das Anwachsen europaskeptischer Bewegungen geradezu provoziert!

Zu Recht setzen deshalb die neue Kommission, der Rat und das EU-Parlament Gespräche über die Zukunft der EU auf die Tagesordnung. Eine funktionierende Europäische Union, die den globalen Herausforderungen gewachsen ist, liegt in unser aller Interesse.